

Wie Watergate weitergeht

20 Jahre nach dem Einbruch überschattet der Skandal noch immer die amerikanische Politik

Von Josef Joffe

Ausgerechnet am (damals noch) deutschen Nationalfeiertag, dem 17. Juni, wurde vor zwanzig Jahren jener 'drittklassige Einbruch' im Washingtoner Watergate-Komplex inszeniert, der über den Sturz Nixons hinaus vielerlei Erinnerungswürdiges für die Nachgeborenen bereithält. Einmal ein semantisches Erbe: 'Watergate' - genauer: gate - ist seitdem zum Inbegriff des politischen Skandals geworden. 'Iran-Contra-gate' beschreibt den Versuch einer Clique unter Reagan, mit (verbotenen) Waffenverkäufen an Iran die nicaraguanischen Contras illegal zu finanzieren. 'Iraqgate' köchelt seit einigen Wochen in Washington; gemeint ist eine Bush-Diplomatie, die Saddam bis zur Kuwait-Invasion systematisch aufgepäppelt und encouraged habe. 'Waterkantgate' - das ist die Barchel-Affäre, die mit dem Selbstmord des Kieler Ministerpräsidenten endete.

Nicht nur die Sprache hält Watergate am Leben. Jener Einbruch, bei dem Nixons Wahlkämpfer Abhörgeräte im Hauptquartier der Demokraten installieren wollten, hat ironischerweise den Kongreß mehr durcheinandergewirbelt als das Weiße Haus; an den Spätfolgen leidet die amerikanische Politik heute mehr denn je. Nach dem erzwungenen Rücktritt von Richard Nixon am 8. August 1974 (nur so konnte er der Staatsanklage entkommen) wurden 92 'Frischlinge', darunter 75 Demokraten, von der Welle der Empörung nach den Novemberwahlen ins Abge-

ordnetenhaus geschwemmt. Ihr Mandat lautete 'Aufräumen' - und genau das haben sie getan.

Unter dem Ansturm der Reformer zerbrachen uralte Führungsstrukturen, lockerte sich der Griff der einst allmächtigen Ausschuß-Vorsitzenden. Heute sieht das der Nixon-Nachfolger Gerald Ford so: 'Sie haben den Einfluß der Führung unterminiert, sowohl bei den Demokraten als auch bei den Republikanern.' Die Folge der Zersplitterung ist die interne Blockade: Der Kongreß ist kaum noch handlungsfähig, kann den Präsidenten weder richtig konterkarieren noch ihm die Führung aus der Hand winden. Deshalb auch in Amerika die grassierende Seuche der 'Politikverdrossenheit', die heuer einerseits einem Außenseiter wie Ross Perot an die Macht zu tragen droht und andererseits über 100 Parlamentarier dazu gebracht hat, nicht wieder anzutreten. Der Hauptgrund - so einer stellvertretend für die meisten: 'Wir können nichts mehr bewirken.'

Zweite Ironie: Derweil das Prestige der Parlamentarier sich dem Nullpunkt nähert, ist Nixon nach fast 20 Jahren in der Wüste wieder in. Er beherrscht die Zeitungskolumnen, empfängt Ross Perot zur Audienz und fungiert als selbsternannter Lobbyist für Boris Jelzin. Hätte er seinerzeit ebenso klug agiert, wäre ihm der tiefe Sturz gewiß erspart geblieben, auch nach dem läppischen Einbruch. Heute ist ziemlich sicher, daß seine Dirty-Tricks-Truppe eigenmächtig gehandelt hatte;

er hätte sie nur mit geziemendem Ausdruck der Entrüstung sofort feuern müssen. Statt dessen belog er die Öffentlichkeit nach Strich und Faden - bis zum bitteren Ende.

Die Moral, die auch für andere Demokratien gilt: Nicht die Sünde ist der Tod, sondern die Vertuschung. Und: Fordere nie die Presse heraus - zumindest nicht die amerikanische. Die beiden Jung-Reporter Woodward und Bernstein, die Helden der Affäre, wurden damals auf Watergate angesetzt, weil sie sonst nirgendwo gebraucht wurden. Erst als Nixons Justizminister Mitchell mit ein paar kräftigen Obszönitäten über die Washington-Post-Besitzerin Katharine Graham herfiel, wurde der Mini-Skandal zur Ehrensache, wurde die ganze Zeitung zur Anti-Nixon-Brigade umfunktioniert.

Gary Hart, dem Präsidentschaftsbewerber von 1988, erging es ähnlich: Nachdem er die Presse gereizt hatte, ihm außereheliche Amouren nachzuweisen, tat sie es auch und trieb ihn so zur Aufgabe. Haben die Mächtigen ihre Lektion gelernt? Einer anscheinend nicht. Wie das Wall Street Journal am Montag meldete, habe Perot, der Mr. Clean dieses Wahljahres, wie einst Barchel Detektive auf seine Gegner angesetzt und Angestellte mit Videokameras überwachen lassen. 20 Jahre nach Watergate muß sich der Wähler fragen, wie ein Präsident Perot CIA und FBI nutzen würde.